



Inhaltsverzeichnis

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH	3
27.08.2025 Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag: Kosten in Milliardenhöhe: So läuft der Rückbau der Atomkraftwerke in Deutschland	4
28.08.2025 Münsterland Zeitung: Rund 100 Demonstranten stellen sich gegen Atommülltransporte in Ahaus	7

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag

Kosten in Milliardenhöhe: So läuft der Rückbau der Atomkraftwerke in Deutschland

27. August 2025 08:56 | Medienart: Online | Visits/Monat: 350.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Vor gut zwei Jahren wurden in Deutschland die letzten drei Atomkraftwerke endgültig abgeschaltet. Die Betreiberfirmen mussten danach laut Atomgesetz „unverzüglich“ mit dem Abbau beginnen – wie bei allen schon früher stillgelegten Atomkraftwerken auch. Wie kommt der sogenannte Rückbau mittlerweile voran? Wie lange wird es noch dauern? Und wer bezahlt das?

Aus Anlass eines Medientermins für lokale Medien im Kernkraftwerk Emsland im niedersächsischen Lingen hat die Deutsche Presse-Agentur eine bundesweite Übersicht über die wichtigsten Aspekte des Rückbaus zusammengestellt.

33. So viele Kernkraftwerke mit sogenannten Leistungsreaktoren sind stillgelegt, sagt das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE). Die meisten befinden sich im Westen Deutschlands. Für alle Anlagen liegen die nötigen Stilllegungs- und Abbaugenehmigungen vor. Läuft der Rückbau schon?

Ja. „Seit dem Ausstieg aus der kommerziellen Nutzung der Kernenergie in Deutschland am 15. April 2023 ist der Rückbau aller Kernkraftwerke in Deutschland im vollen Gange“, teilt das BASE mit. Je nach Beginn der Maßnahmen ist der Rückbau unterschiedlich weit vorangeschritten.

Eine Besonderheit gibt es in Hamm-Uentrop: Der dortige Thorium-Hochtemperaturreaktor wurde stillgelegt und nach der Entfernung der Brennelemente 1997 sicher eingeschlossen, also quasi versiegelt. Es ist die einzige Anlage im sogenannten „Sicheren Einschluss“. Laut BASE ist der „nukleare Abbau“ dort erst ab 2030 vorgesehen. Sind schon Reaktoren komplett zurückgebaut worden?

Ja, drei kleinere Anlagen. Darunter ist auch das Versuchs-Atomkraftwerk Kahl in Unterfranken in der Nähe von Aschaffenburg. Es war Deutschlands erstes kommerzielles Kernkraftwerk. Im November 1960 hatte es seinen Betrieb aufgenommen. 1985 wurde es abgeschaltet. Der Rückbau dauerte bis 2010. Warum sind erst drei Anlagen abgebaut worden?

Weil man aus Sicherheitsgründen nicht mal eben so ein Atomkraftwerk abreißen kann. Laut Bundesumweltministerium veranschlagen die Betreiber für den Abbau in der Regel zehn bis fünfzehn Jahre bis zur Entlassung aus der sogenannten atomrechtlichen Überwachung. Getrödelt wird dabei laut Ministerium nicht: Die Betreiber kämen dem Gebot des Atomgesetzes zum unverzüglichen Abbau nach der Abschaltung „ordnungsgemäß“ nach, berichtet das Ministerium auf seiner Internetseite.

Einige Rückbauprojekte sind schon weit fortgeschritten, zum Beispiel die Kernkraftwerke Würgassen und Stade, wie das BASE berichtet. Stade etwa werde seit 2005 zurückgebaut. „Aktuell läuft die Phase 4, in der restliche kontaminierte Anlagenteile abgebaut und anschließend die Kontaminationsfreiheit nachgewiesen werden“, erklärt die Behörde. Der konventionelle Abbruch hat auch schon begonnen. Er soll bis Ende 2026 abgeschlossen sein. Was ist mit den drei zuletzt abgeschalteten Atomkraftwerken?

In allen drei Atomkraftwerken – Isar 2, Neckarwestheim 2 und Emsland - wurden die Brennelemente aus dem Reaktor entfernt und zum sogenannten Abklingen in ein Lagerbecken umgesetzt. Außerdem wurde laut BASE der sogenannte Primärkreislauf dekontaminiert, also von radioaktiv belasteten Teilen befreit.

Im Primärkreislauf strömt Wasser durch den Reaktorkern und nimmt dessen Wärme auf. Diese wird später in einem Dampferzeuger an einen weiteren Kreislauf wieder abgegeben. Der Dampf treibt eine Turbine an. Ein angeschlossener Generator erzeugt dann den Strom. Wer muss den Rückbau bezahlen und was kostet das Ganze?

„Der Rückbau eines Atomkraftwerkes ist eine immens komplexe und auch kostenintensive Aufgabe“, erklärt BASE-Präsident Christian Kühn.

Und genau geregelt: Für Stilllegung, Rückbau und fachgerechte Verpackung der radioaktiven Abfälle etwa in Spezialbehältern sind in Westdeutschland die Betreiberfirmen der Kraftwerke zuständig. Die Zwischen- und Endlagerung übernimmt der Bund. Die Stromkonzerne haben dazu Milliardenbeträge in einen Fonds eingezahlt.

Beim Rückbau rechnen Behörden und Betreiber mit rund einer Milliarde Euro pro Reaktorblock. Es können aber auch deutlich mehr sein. So hat der Energiekonzern RWE nach eigenen Angaben für den Rückbau des Kraftwerks Emsland derzeit Rücklagen in Höhe von 1,37 Milliarden Euro gebildet.

Jährlich erstellt die Bundesregierung für den Bundestag einen detaillierten Bericht, in dem es um die Rückstellungen der Betreiberfirmen geht. Laut dem jüngsten Bericht hatten die fünf Konzerne RWE, Eon, Vattenfall, EnBW und die Stadtwerke München Ende 2023 insgesamt rund 19,3 Milliarden Euro für ihre Rückbauverpflichtungen zurückgelegt.

In Ostdeutschland ist die Finanzierung des Rückbaus anders geregelt. Weil die Kernkraftwerke Greifswald und Rheinsberg zu DDR-Zeiten staatlich waren, wird dort der Rückbau vom Bund übernommen. Gibt es auch kritische Stimmen?

Ja. So bemängelt etwa der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), dass der Rückbau des Atomkraftwerks Greifswald nun bis in die 2040er Jahre dauern wird. „Ursprünglich war das Jahr 2012 anvisiert. Das zeigt einmal mehr, wie schlecht kalkulierbar Atomkraftprojekte sind“, erklärt Juliane Dickel, beim BUND zuständig für Atom- und Energiepolitik.

Beim Rückbau müsse der Schutz von Mensch und Umwelt vor radioaktiver Strahlung oberste Priorität haben, fordert der Verband. Jede Strahlenbelastung müsse vermieden werden. „Nur die Stoffe, die

nachweislich keine Kontamination durch den Betrieb aufweisen, dürfen freigegeben werden“, so Dickel weiter.

Rund 100 Demonstranten stellen sich gegen Atommülltransporte in Ahaus

Nach der Genehmigung für die Castortransporte nach Ahaus protestierten am Dienstag 100 Atomkraftgegner gegen Atommülltransporte vor dem Zwischenlager.

Die Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Ahaus“ stemmt sich weiter gegen Atommülltransporte nach Ahaus: Das Bundesamt für die Sicherheit und nukleare Entsorgung (BASE) hatte am Montag (25. August) die Genehmigungen für die Castortransporte aus Jülich und Garching nach Ahaus erteilt. Termine für die Transporte sind noch nicht bekannt.

Am Dienstagabend (26. August) versammeln sich rund 100 Atomkraftgegner um 18 Uhr vor dem Brennelementezwischenlager (BZA) in Ahaus: Janna Dujesiefken, stellvertretende Vorsitzende der Bürgerinitiative, findet dabei deutliche Worte. Sie zieht einen Vergleich zu alltäglichen Risiken: Fürs Schwarzfahren zahle man im Zweifel 60 Euro, schließe man seine Wohnung nicht ab, könne eingebrochen werden. Das alles seien abschätzbare Risiken, die sich beheben ließen. „Das, was hier gerade geschieht, ist weder abschätzbar noch zu beheben.“ Sie spricht von Fassungslosigkeit und Angst: „Es macht mir Angst, dass unser Zuhause zum End-

lager wird“, sagt sie und erntet dafür deutliche Zustimmung aus dem Publikum.

Sie spricht über zukünftige Generationen: „Es macht mir Angst, wenn meine Töchter mich fragen, ob jetzt der Protest umsonst gewesen sei und sie lernen, nicht Vertrauen in die Politik zu haben.“ Sie sei aber auch wütend: „Und genau deshalb stehe ich heute hier.“

Auch Hartmut Liebermann von der BI machte seine Position erneut deutlich: „Jeder Atommülltransport stellt ein Risiko dar.“ Solange es kein Endlager gibt, sollte seiner Ansicht nach der Müll dort bleiben, wo er entsteht. Alles andere sei nur eine Verschiebung des Problems. Er kritisiert weiterhin scharf, dass nie ein Schritt unternommen worden sei, in Jülich ein neues Zwischenlager zu bauen. „Das halten wir für unverantwortlich.“ Ihm zufolge wäre ein Neubau in Jülich günstiger, da die Kosten für die Polizeieinsätze bei den Transporten nicht berücksichtigt wurden.

Für rund zehn Minuten blockiert die Polizei die Straße am Dienstagabend – die Demonstrierenden verlegen ihren Protest auf die Schöppinger Straße.

Kurz kommt Proteststimmung auf: Fahnen werden geschwenkt, Rufe angestimmt und Pfeifen getrillert. Wenig später gibt die Polizei die Straße wieder frei, und die Demonstrierenden ziehen zurück auf ihren Posten: auf die gegenüberliegende Seite vor dem BZA.

Burkhard Helling, Sprecher der BI, zeigte sich begeistert von der Resonanz: „Wir sind heute mehr als 100“, erklärt er. „Mich freut besonders, dass viele Jüngere dabei sind.“ Bereits eine Woche zuvor, am Montagabend (18. August), hatten sich spontan rund 50 Demonstrierende versammelt.

Diesmal sei der Protest gezielt über private Kanäle in sozialen Medien geteilt worden, so Burkhard Helling. Er hofft, dass die Resonanz weiter zunimmt: „Beim nächsten Mal wollen wir uns wieder verdoppeln.“

Am Sonntag, 31. August, findet um 14 Uhr ein Sonntagsspaziergang am Zwischenlager Ahaus statt. Am Samstag, 4. Oktober, ist in der Innenstadt von Ahaus eine große Demo geplant.

Wörter: 464
Autor/-in: Arntzen, Melina
1337046
mear
Seite: 17
Ressort: Ahaus
Medienkanal: PRINT
Mediengattung: Tageszeitung
Medientyp: PRINT
Urheberinformation: Münsterland Zeitung

Ausgabe: Nebenausgabe
Auflage: 9.991 (gedruckt)¹
14.243 (verkauft)¹
17.748 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,05401 (in Mio)²

¹ IVW 2/2025

² AGMA ma 2024 Tageszeitungen